



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Martina Hellmuth

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1340
Fax 08122/58-1109
martina.hellmuth@lr-
ed.de

Erding, 29.07.2019
Az.:
2014-2020/StruVU/026

**Sitzung vom Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt
am 03.06.2019**

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Bauernfeind, Petra
Forster, Rainer
Gruber, Michael
Grundner, Heinz
Kirmair, Ludwig
Lanzinger, Rupert
Peis, Johann
Schmidt, Horst
Schreiner, Hans
Schwimmer, Jakob

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin, Landrat

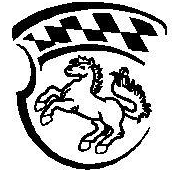
von der Verwaltung:

Fiebrandt-Kirmeyer, Claudia
Fuchs-Weber, Karin
Fusarri, Nadia
Hellmuth, Martina

Pressesprecherin
Büro Landrat
Abt. Landkreisaufgaben
Protokoll

Hildenbrand, Michael
Klostermann, Christine
Mittermüller, Ludwig
Neueder, Katrin

Abt. Bauen, Umwelt und Natur
Fachbereich Umwelt und Natur
Fachbereich Kreisentwicklung -
ÖPNV
Fachbereich Kreisentwicklung



LANDKREIS
ERDING

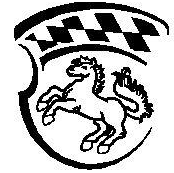
Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:03 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Antrag der SPD Kreistagsfraktion zur Auftragsvergabe für ein Mobilitätskonzept im Landkreis Erding
Vorlage: 2019/2793
2. Einführung der Isarcard S im Landkreis Erding
Vorlage: 2019/2784
3. Bekanntgaben und Anfragen
 - 3.1. Kiebitzfinderprämie- Zahlen
 - 3.2. Blühflächen im Landkreis Erding;
Möglichkeit der Reduzierung des Pachtzinses für Pächter von
Landkreis-Flächen
 - 3.3. ED 02 Lindenallee
 - 3.4. Anfrage KR Schmidt zu den Aussagen von Herrn Wolfgang Kellermann
 - 3.5. Anfrage von KR Schmidt zum Seniorenpolitischen Gesamtkonzept
 - 3.6. Anfrage von KR Schmidt zur S-Bahn
 - 3.7. Anfrage von KR Schmidt - Digitale Präsenz Tourismusregion Erding
 - 3.8. Anfrage von KR Lanzinger zur FTO



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

1. Antrag der SPD Kreistagsfraktion zur Auftragsvergabe für ein Mobilitätskonzept im Landkreis Erding Vorlage: 2019/2793

Der Vorsitzende begrüßt Frau Neueder (*Verwaltung Fachbereich 11 Kreisentwicklung*) und Herrn Mittermüller (*Verwaltung, Fachbereich 11, ÖPNV*). Er berichtet, es gebe, wie im Vorlagebericht dargestellt, eine Vielzahl von Maßnahmen in Bezug auf die Mobilität im Landkreis. Bei dem Antrag sehe er eine Schwierigkeit darin, dass die Bürgermeister bislang nicht eingebunden seien, obwohl die Zuständigkeit für diejenigen Bereiche, die noch nicht untersucht worden seien, wie E-Mobilität und Carsharing, bei den Gemeinden liege.

Zur Beschreibung des Sachstandes übergibt der Vorsitzende das Wort an Frau Neueder.

Frau Neueder stellt dem Gremium den Vorlagebericht vor. Sie berichtet über verschiedene Mobilitäts- Bereiche, wie beispielsweise das Nahverkehrskonzept oder das Liniennetz des Landkreises. Einige Untersuchungen u.a. zur Verbesserung von Busanbindungen und eine Umfrage des Zukunftswshops „Mobilitätsentwicklung Mittlere Isarregion & Ampertal“ laufen aktuell.

Der Vorsitzende resümiert, dass er somit keine Handlungsmöglichkeiten für den Bereich sehe, für den der Landkreis unmittelbar zuständig sei. Alle Untersuchungen würden aktuell laufen, mit Ausnahme des Themas Mitfahrgelegenheiten. Dies sei ein Bereich auf kommunaler Selbstverwaltungsebene und müsse mit den Bürgermeistern abgestimmt werden, insbesondere deswegen, da die Umsetzung von den Gemeinden mitgetragen werde.

KR Schmidt führt aus, dass die Vorlage der Verwaltung eine Vielzahl von konstruktiven Maßnahmen zum Thema Mobilität zeige. Dies seien jedoch Einzelmaßnahmen. Der Antrag der SPD-Fraktion ziele darauf ab, ein langfristiges Mobilitätskonzept über den öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) und den Nahverkehrsplan (NPV) hinaus für den Landkreis zu entwickeln. Die Verwaltung solle eine Prüfung durchführen bzw. in Auftrag geben, um eine Vernetzung mit Kommunen, Betroffenen und Bevölkerung zu ermöglichen.

Es gehe nicht nur um den ÖPNV, sondern um Verkehrsvermeidung und -verlagerung. Es gehe um umweltgerechte Maßnahmen, mit denen man zu einer klimafreundlicheren Abwicklung des Verkehrs beitragen wolle. Hierbei seien weitgehend die Kommunen in ihrer Kompetenz gefragt. An den Städten Erding und Dorfen, wo Mobilitätskonzepte in Auftrag gegeben wurden bzw. gerade entwickelt werden, sehe man, wie wichtig die Einbindung der Bevölkerung sei.

Um ein langfristiges Leitbild für die Mobilität im Landkreis entwickeln zu können, brauche es laut KR Schmidt eine vernünftige Analyse und eine Zielfestlegung. Zunächst müsse man in Erfahrung bringen, wohin die Leute fahren wollen und warum sie sich für bestimmte Verkehrslösungen entscheiden würden.

Eine Aussage wie „Die Leute sind schon immer mit dem Auto gefahren und werden auch in Zukunft mit dem Auto fahren.“ sei in einem ländlichen Landkreis zwar zutreffend, aber dennoch zu eindimensional. Dies könne



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

nicht die Zukunft sein, man brauche den „Umwelt-Split“. Die Verwaltung oder ein beauftragtes Planungsbüro solle deshalb einen Vorschlag für ein Mobilitätskonzept machen. Ob die Umsetzung dessen auch erfolge, werde sich dann zeigen.

Der Vorsitzende wolle den Ausführungen von KR Schmidt nicht widersprechen. Natürliche solle mit einer Umwelt-Offensive eine Verbesserung des aktuellen Zustandes angestrebt werden. Er erläutert jedoch, dass ein Großteil dieser Untersuchungen schon durchgeführt worden seien, wie Frau Neueder es vorgestellt habe.

Eine Schwierigkeit sehe der Vorsitzende darin, die Gemeinden zusammenzuführen, hierfür sei deren Auftrag notwendig. Die Gemeinden hätten die Zuständigkeit für die Mobilitätsbereiche, die bislang nicht untersucht worden seien. Zudem müssten sie sich um eine entsprechende Bürgerbeteiligung kümmern, da der Landkreis dies nicht in benötigtem Umfang leisten könne. Die Ergebnisse jeder Gemeinde müssten dann gebündelt werden.

Frau Neueder weist darauf hin, dass ein Großteil bereits im Nahverkehrsplan abgedeckt werde.

Der Vorsitzende ist der Meinung, dass dies mit den Bürgermeistern diskutiert werden solle. Die Bürgermeister sollten sich zuvor eine entsprechende Legitimation im Gemeinderat holen.

KRin Bauernfeind stimmt zu, dass im Landkreis zum Thema Mobilität bereits viel gemacht wird. Sie findet, dass es eine Schere zwischen den eingesetzten Mitteln und dem Ergebnis der Nutzung des ÖPNV gebe. Man müsse demnach die Nicht-Nutzer des ÖPNV befragen, warum diese hauptsächlich mit dem Auto fahren würden. Sie hält weitere Bürgerbefragungen für den richtigen Weg, wobei eine landkreisweite Befragung wünschenswert sei. Sie gibt dem Vorsitzenden jedoch Recht, dass dies nicht ohne die Kommunen funktioniere. Sie macht den Vorschlag, dass die Befragung der Stadt Erding den anderen Gemeinden vorgestellt werden könnte.

Der Vorsitzende stimmt KRin Bauernfeind zu. Die Städte Erding und Dorfen könnten eine Vorreiterrolle übernehmen. Man könne mithilfe der bereits durchgeführten Befragungen eine ähnliche Form der Bürgerbeteiligung in den anderen Kommunen herstellen und dies ein Stück weit bündeln. Letzteres sei jedoch nur bedingt möglich, da nicht überall eine Zuständigkeit des Landkreises vorliege.

KR Schmidt ist der Meinung, dass es sicherlich hilfreich sei die Erfahrungen von Erding und Dorfen mitaufzunehmen. Das Anliegen sei gerade die Vernetzung der Mobilität über die Gemeindegrenzen hinaus. Die Gemeinden könnten parallel miteinbezogen werden, da deren Unterstützung ohnehin zwingend notwendig sei. KR Schmidt hält die Erarbeitung eines Mobilitätskonzepts für die Aufgabe des Landkreises. Er nennt den LK Ebersberg als Beispiel, hier sei seit langem ein Mobilitätskonzept vorhanden und auch hier werde, seiner Meinung nach, nicht in die Hoheit der Kommunen eingegriffen.

KR Schmidt äußert die Bitte gleichzeitig eine Abstimmung mit den Ge-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

meinden durchzuführen und die Erstellung eines Mobilitätskonzepts prüfen zu lassen. Man solle nicht warten, bis sich alle Kommunen erst mit dem Thema beschäftigt hätten, sondern hiermit einen Impuls an die Gemeinden geben.

KR Schreiner erläutert, dass der LK sich dynamisch entwickle und der Verkehr in vielen Gemeinden ein Problem darstelle. Er ist ebenfalls der Ansicht, dass es nicht einfach werde 26 Kommunen „unter einen Hut“ zu bekommen, glaubt aber, dass die Gemeinden dankbar auf einen spezialisierten Fachmann reagieren würden, der ihnen z.B. bei der Formulierung von Ist- und Soll-Zuständen helfe. Er könne sich vorstellen, dass der Wille von Seiten der Gemeinden da sei. Man könne sich des Ergebnisses zwar nicht sicher sein, probiere man es aber nicht, entwickle sich alles weiter wie bisher. Auf die Dauer könne man aber nicht nur die Straßen verbreitern. Somit sei es sinnvoll sich diesem Thema vertieft und mit Bürger- und Gemeindebeteiligung zu widmen.

Der Vorsitzende wiederholt, dass eine Bürgerbeteiligung nur über die Gemeinden möglich sei, da sonst nicht alle Bewohner des Landkreises auf einmal eingebunden werden könnten.

Auch in der Vergangenheit sei bereits zum Thema Schulentwicklungskonzept gefordert worden, dass alle Gemeinden zustimmen müssten, bevor sich der Landkreis einmische, da die Mittelschulen in der Zuständigkeit der Gemeinden liegen würden. Dem Vorsitzenden sei wichtig die Gemeinden und die Bürgermeister nicht zu bevormunden.

Für die Planung eines Mobilitätskonzepts müssten zudem alle Verkehrsträger und Straßenbaulastträger einbezogen werden. Wenn es dann im Anschluss an die Umsetzung gehe, müsste die Unterstützung der Gemeinden bereits erarbeitet sein, ansonsten sei das Projekt ein „zahnloser Tiger“.

Der Vorsitzende bevorzuge in denjenigen Bereichen etwas umzusetzen, in denen eine entsprechende Zuständigkeit gegeben sei. Bei der E-Mobilität mit der EVE z.B. sei ein Konzept mit den Mitgliedsgemeinden abgestimmt worden. So müsse man auch bei den weiteren Ebenen verfahren.

KR Kirmair äußert, dass es hier zwei Schritte gebe. Zum einen die Auftragsvergabe an ein Büro und zum anderen die Einbindung der Gemeinden. Man müsse nun überlegen welcher Schritt als erstes gemacht werden solle. KR Kirmair findet, dass dieses Thema zunächst in einer Bürgermeister-Dienstbesprechung behandelt werden sollte. Dies sei sinnvoller als einen Auftrag zu vergeben und die Bürgermeister im Anschluss zur Kooperation aufzufordern.

KR Grundner stimmt KR Kirmair zu. Auch er findet, dass zunächst die Vertreter der Städte, Märkte und Gemeinden eingebunden werden sollten. Die verschiedenen Gemeinden hätten unterschiedliche Voraussetzungen und Problemstellungen. So habe die Stadt Erding beispielsweise viel innerstädtischen Verkehr, wohingegen andere Gemeinden viel ländlichen Verkehr hätten. KR Grundner ist der Meinung, dass die Akzeptanz aller 26 Gemeinden herbeigeführt werden müsse, um ein gemeinsames Mobilitätskonzept entwickeln zu können.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Auch **KR Schmidt** ist dafür, das Thema bei einer Bürgermeister-Dienstbesprechung aufzugreifen. Er findet, um nicht viel Zeit zu verlieren, würde es sich jedoch lohnen, wenn sich die Verwaltung gleichzeitig nach Planungsbüros umsehe. Der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt könne der Verkehrsproblematik und dem Klimawandel im Landkreis ohnehin nur gemeinsam mit den Gemeinden entgegenwirken. Ziel sei es nicht gegen die Gemeinden zu arbeiten, sondern diese zur Mitwirkung zu ermuntern.

Der Vorsitzende erklärt den Ablauf einer Gesamtkonzeption anhand des Familienpolitischen Gesamtkonzepts. Hier habe sich der Jugendhilfe Unterausschuss zunächst mit den Gemeinderatsmitgliedern, die sich mit Jugendhilfe beschäftigen, abgestimmt. Es habe einen breiten Konsens in der Bevölkerung gegeben und 450 Fragebögen seien zurückgekommen. Hierfür seien jedoch auch die Haushaltsmittel vorhanden gewesen. Für die Entwicklung eines Mobilitätskonzepts seien in diesem Jahr keine Haushaltsmittel vorgesehen.

KR Grundner findet, dass der Vorschlag von KR Schmidt den falschen Ansatz darstelle. Um eine umfassende Akzeptanz zu erreichen, müssten die Akteure von vornherein eingebunden werden. Somit sei die richtige Vorgehensweise, sich zunächst die Zustimmung der Gemeindevertreter einzuholen und erst dann Entscheidungen zu treffen. KR Grundner ist sich sicher, dass es eine Akzeptanz der Gemeinden geben werde. Zum Thema Haushaltsmittel äußert er sich dahingehend, dass es bei einzelnen Haushaltstiteln immer wieder Deckungsüberschüsse gebe und eine Darstellbarkeit somit gegeben sein könnte.

KR Grundner spricht KR Schmidt an und sagt, dass wenn das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Bürgermeister-Dienstbesprechung gesetzt werde, nicht viel Zeit verloren gehe. Zudem spiele es keine Rolle, ob das Projekt drei Monate früher oder später gestartet werde, eine saubere Abfolge der Schritte sei hier wichtiger.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, formuliert **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag:

Beschluss StrVU/147-20

Der Kreistag soll beschließen ein Mobilitätskonzept über den ÖPNV / NPV hinaus für den Landkreis Erding in Auftrag zu geben.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 4 : 7 Stimmen**

(*Nein Stimme: KR Forster, KR Grundner, KR Kirmair, KR Schwimmer, KR Peis, KR Lanzinger, Vorsitzender*)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

2. Einführung der Isarcard S im Landkreis Erding **Vorlage: 2019/2784**

Der Vorsitzende erklärt, dass im Rahmen der Tarifstrukturreform des MVV die Möglichkeit für den LK Erding bestehe das Sozialticket einzuführen.

Dieses sei ursprünglich im LK München entstanden. Da sich das zugehörige Landratsamt in der Landeshauptstadt befinde, müsse die Bevölkerung zur Antragsstellung in den nächsten Landkreis fahren. Da man damit eine Tarifzone verlasse, sei die Nutzung des ÖPNV entsprechend teurer. Um finanziell benachteiligten Personen den Standort des Landratsamtes nicht als Nachteil anzulasten, sei das Sozialticket im LK München eingeführt worden.

Der Vorsitzende bittet um die Unterstützung des Ausschusses, um die sog. Isarcard S auch für die finanziell benachteiligten Bürgerinnen und Bürger im LK Erding zugänglich zu machen und ihnen somit die verbilligte Nutzung des MVV zu ermöglichen. Der Vorsitzende fügt hinzu, dass es sich bei dieser Bevölkerungsgruppe um „Zwangskundschaft“ des ÖPNV handele und diese deswegen dahingehend eine finanzielle Unterstützung erfahren sollte.

Zur Umsetzung berichtet der Vorsitzende, dass im LK München ein „Landkreis-Pass“, die Voraussetzung für den Erwerb der Isarcard S sei. Auch im LK Erding könne man sich diese Vorgehensweise vorstellen. Dementsprechend könnte eine Ausgabestelle geschaffen werden. Die Herstellungskosten eines Passes würden sich auf etwa 0,35€ - 0,50€ belaufen.

Zwischen der MVV, deren Mitträgern und den teilnehmenden Landkreisen sei bereits kommuniziert, dass die Landkreispässe von der MVV akzeptiert werden. Somit könne man mit der Tarifstrukturreform zügig mit der Umsetzung beginnen, der 01. Januar 2020 sei das Stichtagsdatum.

KR Schmidt begrüßt die Einführung eines Sozialtickets sehr. Er stellt die Frage, ob es nur möglich sei verbilligte Monatskarten zu erhalten. Die entsprechende Bevölkerungsgruppe müsse vermutlich nicht jeden Tag den ÖPNV benutzen und werde sich deswegen nicht immer eine Monatskarte lösen. KR Schmidt möchte wissen, ob auch verbilligte Einzelfahrten oder Wochenkarten realisierbar seien.

Der Vorsitzende antwortet, dass von Seiten der MVV nur Monatskarten möglich seien.

Herr Mittermüller erklärt, dass man mit dem Landkreispass eine Schlüsselnummer bekomme. Diese müsse man beim Fahrkartenkauf angeben, um den verbilligten Tarif zu erhalten. Jeder Landkreis habe einen eigenen Code und der MVV müsse alle Abrechnungen für Fahrkarten wieder auseinander sortieren. Für kleinere Zeiträume werde der Verwaltungsaufwand damit vermutlich zu groß. Für Monatskarten ist der verbilligte Tarif geplant, andere Aussagen von der MVV oder den Gesellschaftern gebe es nicht.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

KR Schreiner stellt die Frage wer die Einnahmeausfälle trage, die durch das Sozialticket entstehen würden. Er habe es so aufgefasst, dass auch der Landkreis an diesem Defizit beteiligt sei und fragt, ob eine „Hausnummer“ der Kosten, die auf den Landkreis zukämen, genannt werden könnte.

Der Vorsitzende antwortet, dass hierzu keine Informationen vorliegen. Das Sozialticket sei Teil der Tarif- und Strukturreform des MVV. Bei der Strukturreform habe man mit verschiedenen Modellen gearbeitet und sich letztlich auf das Modell „3A“ geeinigt, bei dem das Sozialticket enthalten sei.

Damals habe der Vorsitzende nicht zugestimmt, da dieses Modell einerseits beinhaltet habe, dass Jugendliche und Senioren mehr zahlen müssen, um das Sozialticket zu ermöglichen und es andererseits Kostenunterschiede innerhalb von Gemeinden gegeben habe. Zudem hätten weiter entfernte Gemeinden mehr bezahlen müssen, um den Innenraum zu entlasten.

Durch Verhandlungen konnte schlussendlich erreicht werden, dass der LK Erding eine Zone weniger habe, wodurch eine Vergünstigung entstehe und Einräumigkeit in den Gemeinden nun weitestgehend gegeben sei. Bei den Senioren seien deutliche Vergünstigungen und bei den Jugendlichen moderate Steigerungen zu verzeichnen. Bei diesem Gesamtpaket sei auch das Sozialticket enthalten. Der Vorsitzende ist der Meinung, dass die Isarcard S, wenn möglich, der Bevölkerung auf jeden Fall angeboten werden sollte.

Auf den Landkreis direkt kämen, bis auf die Verwaltungskosten für die Ausgabe der Karten und das Material, keine Kosten zu. Mache man hier nicht mit, erhielten die Bürger des LK Erding das Sozialticket nicht, man zahle aber trotzdem indirekt bei anderen mit, da das Defizit geteilt werde. Dies sei keine gute Option.

Konkrete Zahlen seien bislang nicht genannt worden, da dies auch schwierig zu ermitteln sei.

Frau Neueder führt aus, dass im Landkreis München ca. 30% der Leistungsbezieher das Sozialticket in Anspruch nehmen würden. Für Erding sei dies jedoch nicht übertragbar, da nicht alle in die Stadt fahren müssten wie in München. Durch die Nummer auf dem Landkreispass könne man nach einer Weile in Erfahrung bringen, wie hoch die Nachfrage für die Sozialtickets im Landkreis sei.

KR Schreiner fragt, wie viel Geld dies im Landkreis München ausmache.

Frau Neueder antwortet, dass leider keine Summe genannt werden könne.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, verliert **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag.

Beschluss StrVU/148-20

Der Landkreis Erding führt die Isarcard S im Wege der Tarifstrukturreform ein.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3. Bekanntgaben und Anfragen

3.1. Kiebitzfinderprämie- Zahlen Vorlage: 2019/2780

Der Vorsitzende verliest folgende Bekanntgabe:

„Der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt hat auf Antrag der CSU-Fraktion einstimmig beschlossen, dass ab 01.01.2019 im Landkreis Erding eine Finderprämie zum Schutz von Kiebitzgelegen ausgezahlt wird.

Landwirte, die auf ihrer Fläche ein oder mehrere Kiebitzgelege finden, können dies bei der unteren Naturschutzbehörde melden und eine Finderprämie beantragen.

Anschließend steckt die untere Naturschutzbehörde oder ein Wiesenbrüterberater vom Landesamt für Umwelt das Gelege aus, sodass dieser Bereich von der weiteren Bewirtschaftung ausgenommen ist, damit die Kiebitze in Ruhe brüten können.

Etwa Mitte bis Ende Juni, wenn die kleinen Kiebitze flügge werden, wird der Schutz von der unteren Naturschutzbehörde wieder abgebaut und es kann wieder die gesamte Fläche bewirtschaftet werden.

Für jedes Gelege, das gefunden und geschützt wird, werden im Juli 50 Euro ausgezahlt.

Bis 15.05.2019 wurden insgesamt 27 Gelege auf den Flächen von 13 Landwirten gekennzeichnet, sodass 1.350,00 Euro Kiebitzfinderprämie ausbezahlt werden, wenn die jungen Kiebitze geschlüpft sind.“

Der Vorsitzende erläutert, dass sich die Prämien damit im Rahmen des Haushalts bewegen würden.

3.2. Blühflächen im Landkreis Erding; Möglichkeit der Reduzierung des Pachtzinses für Pächter von Landkreis-Flächen Vorlage: 2019/2785

Der Vorsitzende gibt zum Thema Artenvielfalt / extensive Landwirtschaft bekannt, dass wie von ihm vorgeschlagen, 59 Pächtern von landkreiseigenen Flächen angeboten wurde, den Pachtzins um 20% zu reduzieren, wenn mindestens 10% der Fläche des Grundstücks extensiv genutzt oder als Blühwiese hergestellt werde.

Bei 40 Grundstücken in sechs Landkreismunicipalitäten sei damit insgesamt eine Blühfläche von 3,8 Hektar, also 38.000 Quadratmeter, entstanden.

Trotz der Kurzfristigkeit habe sich das Projekt für dieses Jahr noch ausgezahlt, worüber man sehr froh sei.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3.3. ED 02 Lindenallee Vorlage: 2019/2777

Der Vorsitzende erläutert, dass ein Antrag von KRin Stieglmeier bzgl. des Nachpflanzens bei der Lindenallee, gestellt worden sei.

Schon seit Jahren habe der Landkreis ein Konzept, welches die Nachpflanzung vorsehe. Die Lindenallee sei im Petitionsausschuss des Landtags behandelt worden, mit dem Ergebnis eines Würdigungsbeschlusses. Diesem gehe man nach, allerdings nicht direkt, da seit 1957 die Kreisstraßenverwaltung an das Staatliche Bauamt übertragen sei. Es gebe hierzu Richtlinien, die, mit Abstimmung der unteren Naturschutzbehörde und dem Staatlichen Bauamt, einzuhalten seien. Das Hauptproblem sei, dass sich lediglich ein Streifen von 1-3 Metern neben der Fahrbahn im Eigentum des Landkreises befinde. Als Mindestabstand zur Fahrbahn sehe man jedoch 4,5 Meter vor, damit sich die Bäume auch in Zukunft gut entwickeln können. Die Linden, die man vor etwa 40 Jahren nur 1,5 Meter von der Fahrbahn entfernt gepflanzt habe, würden einen deutlichen Kümmerwuchs aufweisen.

Mit einem Aufprallschutz für die Autofahrer in Form von Leitplanken, könnte man etwas näher an der Fahrbahn pflanzen. Allerdings könnten diese auch nicht am Fahrbahnrand aufgestellt werden, da Begegnungsverkehr möglich sein müsse. Somit brauche man für den Verkehrsraum eine Breite von insgesamt sechs Metern. Damit sei der Platzbedarf wieder ähnlich groß, wie ohne Leitplanken.

Um Grund für die Nachpflanzung der Linden zu gewinnen, habe man insgesamt 64 Grundeigentümer angeschrieben, wobei nur zwei davon mit einem Verkauf und vier mit einer Grunddienstbarkeit einverstanden seien. Da es sich um ein Naturdenkmal handle, liege die Zuständigkeit bei der unteren Naturschutzbehörde, die diesen Ausführungen zustimme, der Kreistag könne hier keine Entscheidungen treffen.

Als weitere Möglichkeit habe man vor einiger Zeit eine Abstufung auf eine Gemeindestraße beleuchtet. So würden die Richtlinien nicht mehr gelten und die Gemeinde hätte Entscheidungsfreiheit. Bei einem Gespräch mit dem Bürgermeister von Kirchberg, Herrn Grandinger, seien damals Vorschläge wie z.B. das Umwandeln der Straße in einen Fahrradweg gefallen. Dies habe sich jedoch schnell zerschlagen, da so die Notwendigkeit einer Parallelstraße entstanden wäre und die Gemeinde sich nicht in der Lage zu entsprechenden Grundstückserwerben gesehen habe.

3.4. Anfrage KR Schmidt zu den Aussagen von Herrn Wolfgang Kellermann

KR Schmidt bezieht sich auf das Schreiben an die Kreisräte von Herrn Kellermann, in dem dieser einen mutmaßlichen Wahlbetrug in manchen Gemeinden unterstelle, indem Stimmzettel „verschwinden“ würden. KR Schmidt findet, dass sich diesen Vorwurf weder die Kreisräte noch das Landratsamt gefallen lassen dürfen. Es sei ein Schlag gegen alle ehrenamtlichen Wahlhelfer und die Verwaltung. Er würde sich wünschen, dass gegen die Aussagen von Herrn Kellermann sowohl vom Kreistag als auch vom LRA vorgegangen werde.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende antwortet, dass er als Landkreis-Wahlleiter zu Neutralität verpflichtet sei. Es sei schwierig, dass das politische Gremium „Kreistag“ beschlussmäßig entscheide, was der LK-Wahlleiter zu beanstanden habe. Der Vorsitzende habe aber in einer Pressemitteilung die Aussagen von Herrn Kellermann klar verurteilt. Zudem habe er juristische Schritte angekündigt und eingeleitet, da die Behauptung, Wahlzettel könnten einfach verschwinden, nachweislich falsch sei. Dies müsse richtiggestellt werden, damit für Bürger nicht der Eindruck entstehe, dass dies tatsächlich der Fall sein könnte.

Der Vorsitzende verliest seine Pressemitteilung vom 29.05.2019:

„Der Kreisvorsitzende der AfD Erding, Wolfgang Kellermann, unterstellt durch seine Aussagen zur Europawahl Wahlbetrug, ohne konkrete Beweise vorzulegen. Kellermanns Aussagen zufolge sei „es nicht auszuschließen, dass in ländlichen Gebieten, in denen zum Teil seit Jahrzehnten immer dieselben Wahlhelfer beisammen sind, mit den AfD-Stimmen Schindluder getrieben werde.“ Derartige Aussagen sind ein Schlag ins Gesicht für alle ehrenamtlichen WahlhelferInnen und werden durch Landrat und Kreiswahlleiter Martin Bayerstorfer nicht toleriert.

Grundsätzlich erfolgt die Auszählung der Stimmen nach dem Vier-Augen-Prinzip. Darüber hinaus ist es auch nicht möglich, ohne weiteres beschlussmäßig behandelte Stimmzettel als ungültig „verschwinden zu lassen“. Der mindestens fünfköpfige Wahlvorstand befindet über etwaige ungültige Stimmzettel per Beschluss. Diese beschlussmäßig behandelten Stimmzettel werden durch das Landratsamt noch einmal überprüft, durch den Kreiswahlausschuss behandelt und nötigenfalls die Entscheidung des Wahlvorstands berichtigt. Im Anschluss erfolgt eine weitere Prüfung durch den Landeswahlausschuss.

Das Gesamtergebnis der Europawahl wurde am 28.05.2019 durch den Kreiswahlausschuss, dem auch Herr Kellermann von der AfD angehört, ermittelt und einstimmig festgestellt. Dabei wurden keine Anhaltspunkte oder Auffälligkeiten für eine eventuelle Wahlmanipulation gefunden. Beim Gesamtergebnis im Landkreis Erding wurden von 63.272 abgegebenen Stimmen lediglich 181 als ungültig ermittelt und festgestellt.

Kreiswahlleiter Martin Bayerstorfer hat nun angekündigt, die unzutreffenden Aussagen von Herrn Kellermann einer rechtlichen Prüfung unterziehen zu lassen.“

Der Vorsitzende bittet um Verständnis, dass er sich den Auftrag zur Einleitung rechtlicher Schritte gegen Kellermann nicht von einem Gremium habe geben lassen, da dies sonst politische Einflussnahme bedeute. Dennoch dürfe sich selbstverständlich jeder äußern.

KR Schmidt äußert, dass die Mitglieder des Ausschusses den Vorsitzenden dabei unterstützen würden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3.5. Anfrage von KR Schmidt zum Seniorenpolitischen Gesamtkonzept

KR Schmidt stellt die Anfrage in einer der nächsten Sitzungen oder im Kreisausschuss einen Bericht über den Stand der Entwicklung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes vorzulegen.

Der Vorsitzende stimmt zu.

3.6. Anfrage von KR Schmidt zur S-Bahn

KR Schmidt spricht den Vorsitzenden an. Da er Mitglied in verschiedenen Gremien sei, bittet KR Schmidt darum dort auf die Notwendigkeit eines 20-Minuten-Taktes der S-Bahn sowie eine Verbesserung der Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit hinzuweisen. KR Schmidt werde darauf wiederholt angesprochen und ist der Meinung, dass die Landkreisbürger darauf ein Recht hätten.

3.7. Anfrage von KR Schmidt - Digitale Präsenz Tourismusregion Erding

Des Weiteren stellt **KR Schmidt** die Frage inwieweit es möglich sei, dass die Tourismusregion und der Tourismusverein vom Landkreis unterstützt werden, ihre digitale Präsenz zu verbessern und noch mehr Service für Touristen und Kunden im Landkreis anzubieten. Gerade die ehrenamtlichen Kräfte bräuchten Unterstützung.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tourismusregion Erding und deren Aktivitäten in diesem Gremium vorzustellen. Dies sei ein guter Ansatz was z.B. umweltfreundlichen Urlaub betreffe. Mit einer Vielzahl an Angeboten wolle man den Aufenthalt von Touristen verlängern, da durch Kurzaufenthalte unter anderem auch ein Verkehrsproblem entstünde.

Des Weiteren sei wichtig darüber zu berichten, wo der Landkreis überall präsent sei und wo Schwerpunkte gesetzt werden. Die Fahrt zur „Grünen Woche“ sei bereits bekannt. Dieses Jahr wolle man mit rund 150 Personen in drei Bussen dorthin reisen. Der LK Erding, mit seiner Vielzahl an Tourismus-Aktivitäten und Möglichkeiten zum Fremdenverkehr, könne so gut repräsentiert werden. Man wolle die Attraktivität der Region steigern und dabei trotzdem den Verkehr eindämmen.

Im oberbayerischen Vergleich sei Erding der Landkreis mit der größten Steigerung an Übernachtungen von Touristen. Eine weitere Steigerung sei laut des Vorsitzenden durchaus möglich.



LANDKREIS
ERDING

3.8. Anfrage von KR Lanzinger zur FTO

KR Lanzinger möchte darauf hinweisen, dass zum Thema FTO jemand vom Staatlichen Bauamt Freising kommen sollte, um den Ablauf zu erklären.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es vom Staatlichen Bauamt Freising, aufgrund eines Personalmangels, dazu bislang keine Aussage gebe.

Büro des Landrats
BL

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur Verkehr und Umwelt.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Martina Hellmuth
Verwaltungsangestellte